

Demokratisches Wochenblatt.

Organ der deutschen Volkspartei und des Verbands deutscher Arbeitervereine.

No. 15.

Leipzig, den 10. April.

1869.

Das Blatt erscheint jeden Sonnabend. Abonnementspreis vierteljährlich bei allen deutschen Postanstalten sowie hier am Plage einschließlich Bringerlohn 12½ Ngr.; einzelne Nummern 1 Ngr. Abonnements für Leipzig nehmen entgegen die Herren **G. Hofmann**, Brühl 40, **H. Weber**, Peterssteinweg 7, **Leipziger Consumverein**, Universitätsstraße, und die **Expedition d. Blattes** in der Wohnung des Herrn **G. Richter**, Petersstraße 18. Für Dresden Filialexpedition (interimistisch) **M. Gendel**, Wallstraße 10. Agent in London für England, Indien, China, Japan, Australien, Südamerika u. die deutsche Buchhandlung von **Franz Thimm**, 24 Brook Street, Grosvenor Square, London. Agent für London: **A. Duenjng**, Foreign Bookseller, Librarian and Newsagent, 8, Little Newport Street, Leicester Square, W. C.

Inhalt: Politische Uebersicht. — Der Buchbindertongress. — Zur Abwehr. — Bororis- und Arbeiterangelegenheiten. — Beilage: Föderalismus. — Weiße Sklaven.

Politische Uebersicht.

Die preussischen Staatsmänner auf der Jagd nach neuen Steuern, die preussischen Arbeiter auf der Jagd nach Brod! Defizit und Hungerkrawalle — das sind die Früchte, welche die „Sieger von Königsgrätz“ geerntet haben — der politischen Schmach, die Beutel und Wagen unberührt läßt, nicht zu gedenken. Hungerkrawalle in Gumbinnen, im unglücklichen Ostpreußen! Die Arbeiter zogen zu Hunderten vor das Regierungsgebäude, Arbeit fordernd und Brod. Das Militär zusammengetrommelt, die „Hauptträdelsführer“, das heißt die Schurken, welche den meisten Hunger hatten, verhaftet — und bis auf Weiteres herrscht „Ordnung“. Die Jagd der preussischen Arbeiter nach Brod wäre also vorläufig mißglückt. Nicht glücklicher waren bisher die preussischen Staatsmänner auf der Jagd nach neuen Steuern. Das Land ist so ausgefogen, daß man mit der schärfsten Brille kaum mehr ein einträgliches „Steuerobjekt“ finden kann. Die abenteuerlichsten Vorschläge sind aufgetaucht und wieder fallen gelassen worden. Indes, trotz aller Schwierigkeiten wird diese Jagd schließlich erfolgreich sein. Das Volk kann ja nicht auf Einmal verhungern, und die Reise nach Amerika ist so theuer! Ja, läge nicht der atlantische Ozean zwischen dem preussischen Militärstaat und dem amerikanischen Bürgerstaat, dann würden die Berliner Steuerfucher wohl bald das Geschäft aufgeben müssen, aus Mangel an besteuerebaren Subjekten, wie Objekten. Schon jetzt ist die Sache bedenklich — niemals, das gestehen sämtliche preussische Zeitungen ein, war die Auswanderung so massenhaft. Am Dienstag verflossener Woche wurden z. B. vom Potsdamer Bahnhofe in Berlin 1500, am Mittwoch 2000 Personen befördert, die sich in den Hansestädten einschiffen wollten. Es waren größtentheils Landleute und zwar aus der Provinz Preußen.

Graf Bismarck, dessen Geburtstag am 1. April war — kein Wunder, daß er so viele Leute in den April geschickt hat — ist wieder nach Berlin zurückgekehrt; die Barziner Luft scheint ihm also schlecht bekommen zu sein.

Die „Augsburger Allgemeine Zeitung“ bringt eine Statistik der Verwüstungen, welche die Cholera und andere durch den Krieg erzeugte und verbreitete Seuchen 1866 in Oester-

reich angerichtet haben. Darnach sind in Böhmen, Mähren, Schlesien, Galizien, der Bukowina, Oesterreich unter der Enns und Ungarn an 250,000 Menschen — die Soldaten nicht eingerechnet — weggerafft worden! Die Zahl der Erkrankten war mindestens doppelt so groß als die der Gestorbenen. „Welche Summe von Leiden, schließt die „Augsb. Allg. Ztg.“, von zerstörtem industriellen und von Familienglück, von Verlust an Arbeitskraft und Erziehungswert umschließen diese Ziffern! Der Kirche, die das Ohr der Mächtigen der Erde hat, empfehlen wir dieses Material zur Geltendmachung in allen Hofkirchen Europa's*). Die Volkswirtschaft wird, wenn sie den Werth der hier vernichteten Menschenkraft berechnen will, eine enorme Summe zu verzeichnen haben, die nicht in dem großen Buch der Staatsschuld erscheint, aber auf dem Verlustkonto zahlloser Familien zu der markverzehrenden Kriegs- und Soldatenschuld der Völker hinzukommt.“

Eine Viertelmillion friedlicher Einwohner in Oesterreich, dazu 100,000 im übrigen Deutschland und die 150,000 Soldaten, die auf dem Schlachtfeld oder durch Seuchen getödtet wurden — Summa eine halbe Million Menschen im „glorreichen“ Sommer 1866 dem Moloch der Blut- und Eisenpolitik geopfert — eine halbe Million Menschen aus der Welt geschafft, damit Preußen vergrößert, Deutschland zerrissen, und der Urheber dieser fünftausendfachen Hekatombe dotirt werden konnte! Dotirt mit 500,000 Thaler — für jeden Menschen genau einen blanken Thaler. Und das Wert ist erst halb fertig. Also Aussicht auf mehr Leichen und mehr Thaler. Auf wie viel? Rechenaufgabe für „schlaflose Nächte“.

Ein offizielles Organ der preussischen Regierung, die lithographirte französische Correspondenz (Correspondance de Berlin), welche die französische Presse mit preussisch-gefärbten Artikeln versorgt, machte dieser Tage die Entdeckung, daß Deutschland von Frankreich 53 Quadratmeilen mit 260,000 Seelen zurückzufordern berechtigt sei. Die französische Presse antwortet natürlich, wenn es einmal an's Prüfen der Besitztitel gehe, dann komme Preußen schlechter weg als Frankreich, und hezt tüchtig gegen das nimmerfette Preußen, das sich nun auch an Frankreich vergreifen wolle. Was sollen wir aus dem Artikel der „Berliner Correspondenz“ machen? Haben wir es bloß mit einer kolossalen Taktlosigkeit zu thun, oder soll die Frage der Grenzregulirung aufs Tapet gebracht und eine feine Manier gefunden werden, um Napoleon nachträglich für seine Enthalttsamkeit im Jahr 1866 zu belohnen? —

*) Die Kirche wird sich hüten! Hosprediger, die den Fürsten die Wahrheit sagen? — die Augsb. Allg. Ztg. scherzt.

Um dem Deutschen Michel Sand in die Augen zu streuen, wird gemeldet, daß die Zerstörung der Luxemburger Festungswerke „endlich im Ernst begonnen hat.“ Eine Schande, daß sie zerstört werden, ein Hohn, daß man uns weiß machen will, ihre Zerstörung vereitle die französischen Annexionspläne!

Ein Gerücht besagt, Preußen habe, aus der Noth eine Tugend machend, die Süddeutschen Militärverträge gekündigt. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ erklärt dies für falsch, und sagt, wenn die Süddeutschen Staaten die Verträge zu lösen wünschten, müsse die Sache vor den Bundesrath und „Reichstag“ gebracht werden. Die „Norddeutsche Allg. Ztg.“ überfieht, daß die Verträge bereits thatsächlich außer Kraft sind, und daß die Frage ihrer formellen Lösung höchstens eine Frage der diplomatischen Höflichkeit ist.

Wir hätten fast zu erwähnen vergessen, daß der „Reichstag“ seit Dienstag wieder sitzt. Weiter wüßten wir von ihm nichts zu sagen. Allenfalls bloß noch, daß die Mitglieder von düsteren Ahnungen ergriffen sein müssen, wenn sie in den Berliner Blättern lesen, daß das Bureau des preussischen Abgeordnetenhanfes 150 Centner Parlamentsreden als — Manufaktur ausbietet. Das ist das Loos des Norddeutschen Parlamentarismus.

Man schreibt uns: „Berlin, den 5. April. Nachdem die schöne Jahreszeit eingetreten ist, finden wieder regelmäßig „Unter den Linden“, einer sehr belebten Stadtgegend, die sogenannten Frühjahrsparaden statt, bei welchen die ganze Garnison, oft auch die der Nachbarstädte, die Fortschritte zeigt, die sie im „Paradevortrag“ gemacht hat. Diese Frühjahrsparaden sind ein großer Genuß für Solche, die nichts zu thun haben, aber eine Last und Qual für den ganzen Verkehr in dem betreffenden Stadttheil. Obgleich nun schon von vielen Seiten seit Jahren über diesen Uebelstand geklagt wird, so besteht er doch nach wie vor. Unsere Bourgeoisie kann in den bestehenden Herrschaftsverhältnissen nichts Wesentliches ändern, sie ist zu schlaff und verkommen dazu. — Wie es in dem Familienleben der „gebildeten Stände“ mitunter aussieht, ist neulich hier amtlich vor Gericht konstatiert worden. Bei einer Verhandlung wegen Kindesmord erklärten mehrere Aerzte, darunter ein berühmter Gerichtsarzt, „daß Mütter aus den gebildeten Ständen sehr häufig die Hilfe des Arztes beanspruchen, um vor der Geburt ihr Kind zu tödten.“ Und da rechnet man es den sogenannten „niedern Ständen“ als Unsitte an, daß sie durchschnittlich mehr Kinder haben, als die Reichen! — Die Projekte der neuen Steuern heben sich immer bedrohlicher aus dem Nebel der Tagespolitik hervor; Das lustige Gespenst der Börsesteuer hat sich zu einer Wechsel-Stempelsteuer verdichtet, von der Petroleumsteuer hat sich noch eine Gassteuer abgelöst, die Brantweinsteuer wächst immer größer heran und eben fängt auch die Idee der Tabaksteuererhöhung an, Gestalt zu gewinnen. Kein Wunder, wenn selbst mancher nationalliberale Philister von diesen Schreckgebilden geängstigt wird und den edlen Vorsatz faßt, ein energisches „Nein“ zu sagen. Sehr klar aber beweist die konservative Presse, wie inkonsequent es von den National-Liberalen wäre, den „bewährten“ Führern des Staatsruders die Mittel zur Durchführung ihrer Politik verweigern zu wollen, nachdem sie dieser Politik bisher gehuldigt haben. Es ist auch alle Hoffnung vorhanden, daß die mißvergnügten Herren sich schließlich überzeugen lassen werden, zumal Beweise vorliegen, daß das Volk noch neue Steuern aushalten wird. Die neue Gemeindeginkommensteuer, die die städtischen Behörden Berlins eingeführt haben, wird auch auf die Hospitäler und andere Stiftungen gelegt, aber Beamte und Militärpersonen sind selbstverständlich von derselben befreit. Das ist altes Privi-

legium, wie ehemals die Grundsteuer-Befreiung der Junker. — Seitdem die adligen Grundbesitzer ebenso wie die bürgerlichen die Grundsteuer zu entrichten haben, ist kein rechter Halt mehr in der Geburtsaristokratie. Ein großer Theil derselben hat sich aufs „Handeln“ verlegt und spekulirt in Allem was Geld bringt, in Roggen, Wolle, Spiritus, in Werthpapieren, Aktien u. s. w.; und so ist es nur das legitime Symptom von der Auflösung der alten Aristokratie, wenn man von der bevorstehenden Gründung einer „Grundbesitzerpartei“ spricht. Seit der Grundadel keine besonderen Privilegien mehr als solcher hat, fängt er an „tolerant“ zu werden; es wird ihm gleichgültig, ob einer durch seine Abneigung oder ob er durch Hofmetzgerei in den Besitz eines Gutes gelangt ist, die Gemeinsamkeit der Interessen schon reicht hin, um eine Partei zu machen. Vielleicht hängt es mit dieser sozialen Zerbröcklung und Zerfetzung der ländlichen „Ritterschaft“ zusammen, daß das königliche Landes-Oekonomikollegium zu seinem Leidwesen einen nachhaltigen Rückschritt in der früher so gerühmten preussischen Pferdezuucht zu konstatiren hat, sowohl was die Qualität als was die Zahl der Pferde betrifft. Der Krieg, der die guten Pferde hinwegraffte, scheint hierbei nicht ohne Einfluß gewesen zu sein. — Auch die zweibeinigen Unterthanen schlagen aus der guten Art und Zucht. Namentlich in Ostpreußen treiben sie es, der altpreussischen Unterthanentreue zuwider, gar schlimm mit Crawlallen und unangenehmen Reden, wie dieser Tage in Gumbinnen. Es ist der Hunger, der dort aufwiegelt.“

In Darmstadt spielte dieser Tage ein interessanter Prozeß. Die (demokratische) „Hessische Landeszeitung“ hatte unter dem Titel: „Militaria“ einen, auch als Flugblatt besonders gedruckten Artikel veröffentlicht, in welchem das Treiben der preussischen Besatzung in Mainz geschildert war. Unter andern waren folgende Fälle angeführt:

„20. März 1867: Am Münstertor geht einer Patrouille ein Arrestant durch; hierauf Schuß, der zwei ganz unbekannt vorübergehende Personen trifft; der eine stirbt an seiner Verwundung, der andere dankt Gott, daß er mit den Schmerzen davon kommt.“

„20. Juli 1868: Der Metzger Everhardi, der eine Anzahl Schafe geleitet, geräth mit einem Offizier, der — wie man sich erzählt von einem heiteren Mittagsmahle bei Frau Bürgermeister Schott kommend — mitten unter die Hämmel hineinritt, in einen Wortwechsel. Später wurde Herr Everhardi durch zwei preussische Soldaten mit aufgepflanztem Bajonnet in seinem eigenen Hause verhaftet.“

„19. August 1868. Ein betrunkenen Bursche aus Gosenheim, der auf dem Sandbruch Abends von einer Schildwache war arretirt worden — von einer Seite wird behauptet, aus Mißverständnis arretirt — macht einen Fluchtversuch und wird dabei von hinten erschossen. Mißhandlung des mit dem Tode Ringenden durch Kolbenstöße.“

Ferner war in dem Artikel eine preussische Schildwache gelobt, weil sie einen 8jährigen Knaben, der aus dem Schilde verhaus entsprang, nicht niedergeschossen hatte. Die preussische Regierung verklagte die „Hessische Landeszeitung“, die Hof und Verachtung gegen das Militär zu erregen versucht, und zu militärischem Ungehorsam aufgemuntert habe. Der Redakteur der „Landeszeitung“ trat den Beweis der Wahrheit an, und die Zeugenausagen bestätigten vollständig alle mitgetheilten Thatsachen. Wahrhaft haarsträubend waren namentlich die Depositionen über die Erschießung des im höchsten Zustande der Trunkenheit befindlichen Gosenheimer Burschen, eines durchaus braven Menschen, welcher einer Patrouille zu entweichen versuchte und einige Schritte fortwankte. Mit Leichtigkeit

heit hätte ihn Jeder der Patrouille fangen können, aber eine gewisse preussische Verordnung, welche den Hauptgegenstand des Angriffs Seitens des Vertheidigers bildete, statuirte in solchen Fällen sofortigen Gebrauch der Waffe, womit ausdrücklich die Lebtung in die Hand jedes gemeinen Soldaten aus eigenem Rechte gelegt wird und zwar — ebenfalls ausdrücklich — „ohne vorherige Androhung“. Der Gonsenheimer Bursche, ein in Urlaub befindlicher heftiger Kriegsreservist, büßte hierdurch, von einem fröhlichen Gelage heimkehrend, sein Leben ein. Sehr interessante Aufschlüsse über den Bildungszustand eines höheren preussischen Offiziers gab die Zeugenaussage über das Rencontre mit dem Metzger Everhardi. Dieser selbst schilderte das Betragen des preussischen Majors v. Bernuth, welcher, auf einem Fußwege reitend, in seine Hämmer hineinritt, ihn unzureiten drohte und mit Saubund, Schweinhund, Kerl u. s. w. titulirte, wobei Zeuge, um sich zu schützen, dem Pferde in die Zügel fiel. Er wurde daraufhin von der, in unmittelbarer Nähe befindlichen Hauptwache arrestirt, nach Angabe seines Namens wieder losgelassen, jedoch nach einer halben Stunde von zwei preussischen Soldaten „mit aufgestecktem Bajonnet“ in seinem Hause aufgesucht, abermals zur Hauptwache und dann zur Polizei gebracht. Die Zeugen Knau und Finger bestätigten diese Angaben, letzterer sprach dabei die Meinung aus, daß besagter Major an jenem Nachmittag besonders aufbrausend gewesen sei, da er kurze Zeit vorher, auf dem Pferde sitzend, den vor dem Münsterthor egerirenden Rekruten mit den Fußspitzen auf die Brust getreten habe. Aus einem Beschluß der Anklagekammer des Obergerichts Mainz wurde konstatiert, daß die gegen Everhardi erhobene Anklage wegen Verletzung der Amts- und Dienstehre des Majors v. Dienstehre des Majors v. Bernuth mit gänzlicher Freisprechung des Beklagten endigte. Auch die Wahrheit des Falls vom 20. Mai wird vollständig erwiesen.

Wie unter solchen Umständen nicht anders zu erwarten war, wurde die Landeszeitung freigesprochen, und die preussische Regierung hat eine neue Ohrfeige zu registriren.

Hr. von Beust „arbeitet an dem Ausgleich mit den Polen und Czechen“, heißt es fortwährend in den Zeitungen. Er soll auch nah am Ziel sein, heißt es zum hundertsten Mal.

Die ungarischen Wahlen haben eine ministerielle Majorität von höchstens 50 ergeben. Mindestens 50 Sitze hat die Deapartei verloren. Statt nun daran zu denken, das Volk durch volksthümliches Regiment zu gewinnen, plant das Ministerium eine Beschränkung des Wahlrechts. Wen Gott verderben will, den schlägt er mit Blindheit.

In Frankreich mächtiges Anschwellen der demokratischen Bewegung. Charakteristisch für die herrschende Stimmung ist eine „Privatversammlung“ von 7—800 Männern, die vor acht Tagen in Paris bei dem Kaufmann Nostag an der Barriere d'Italie statt hatte. „Die Ordnung, schreibt man der „Frankfurter Zeitung“, welche in dieser Versammlung, in der die brennendsten und aufregendsten Fragen zur Besprechung gelangten, von Anfang bis zum Schlusse herrschte, war in der That bewundernswürth. Alle, welche derselben beiwohnten, waren von einem Schauspiel hingerissen, welches einen schlagenden Beweis für die politische Reife der Pariser Bevölkerung liefert. Die Redner waren sehr zahlreich. Es sprachen nach einander Kaufmann Bualet, Fribourg, Horn, Eugen Tenot, Henri Briston, Emile Bionne und Briosne. Die Hauptfrage spielte, wie sich dies erwarten lies, zwischen den Prinzipien der Demokratie und des Sozialismus. Nachdem das Thema der Debatte festgestellt, bestieg Briosne, der ein sehr bemerkenswerther Redner ist, die Tribüne, um der demokratischen Presse mit einer

gewissen Bitterkeit den Vorwurf zu machen, den Angriffen und Verleumdungen, welche gegen die sozialistische Agitation von allen Seiten geschleudert worden, nicht energisch genug entgegengetreten zu sein. Briosne führte dann in längerer Auseinandersetzung den Gedanken aus, daß die demokratische und sozialistische Bewegung vollständig parallel neben einander hergehen müßten. Die Probleme der Freiheit für Alle und der wirthschaftlichen Hebung der arbeitenden Klasse seien nur in voller Vereinigung zu einer gedeihlichen Lösung zu bringen. Tenot nahm keinem Anstand die formelle Erklärung abzugeben, daß er, ohne einer bestimmten Schule anzugehören, die sozialistische Bewegung als vollkommen berechtigt anerkenne, nur fordere er, daß der Sozialismus den politischen Freiheitsbestrebungen keinen Abbruch thue, nur verlange er, daß man die politische Freiheit, das erste aller Bedürfnisse, nicht den wirthschaftlichen Forderungen opfere. „Die politische Freiheit ist, wie Briston sagte, um so höher zu schätzen, als sie allein im Stande ist, die nöthige Würde, die volle Sicherheit bieten zu können, um alle vorhandenen Probleme mit ganzer Aufrichtigkeit zur Lösung zu führen.“ Ohne die Freiheit sind die sozialen Fragen nicht zum Austrage zu bringen — über diesen Punkt sind Demokraten und Sozialisten in Frankreich vollkommen einig. Die Einen wie die Anderen betrachten die politische Freiheit als notwendiges Erforderniß zur Durchführung der sozialen Reform, die Zerstörung des Cäsarismus als die unerläßliche Vorbedingung zur Anbahnung besserer Verhältnisse auf beiden Gebieten. Ich weiß nicht, ob ein imperialistischer Sozialismus außer in dem frommen Wunsche der Regierung jemals bestanden hat, das aber kann ich mit der größten Bestimmtheit versichern, daß seit den letzten sechs Monaten, in denen man diese Fragen öffentlich zu besprechen angefangen hat, nicht ein einziger Anhänger der sozialistischen Lehre sich auf diesen Boden gestellt hat, alle bekannten sich vielmehr frei und offen als Feinde des Kaiserthums. Das erklärt wohl hinreichend die strengen Maßnahmen der Regierung gegen die öffentlichen Versammlungen.

Ein bedeutsames Zeichen der Zeit ist ferner ein sozialistisches Manifest, das seit einigen Tagen in Paris zirkulirt. Es wird darin eine Versammlung von 2000 Personen vorgeschlagen, um über die soziale Frage, die bestehe und die man nicht hinwegleugnen könne, zu berathen. Der Zweck der Versammlung ist, das Publikum über den Sozialismus aufzuklären und die Furcht, welche derselbe einflößt, und die von 1848 bis 1851 viele Demokraten in die Arme Napoleons warf, zu verschrecken. Das Manifest spricht sich gegen jede gewaltsame Anwendung von irgend einem System aus und will die Lösung der sozialen Frage auf friedlichem Wege herbeigeführt wissen. Von den 2000 Eintrittskarten, welche vertheilt werden sollen, erhält die Handelskammer 500, der Advokatenstand 100, der Richterstand 50, die medizinische Fakultät 50, die Journalisten 50, die sogenannten ministeriellen Offizianten 50, die verschiedenen Ministerien 100, der gesetzgebende Körper 50, der Senat 25, der Staatsrath 25 und die Mitglieder der liberalen Opposition, an die das Schreiben gerichtet ist, 500, von denen sie beliebigen Gebrauch machen können. 500 Karten behalten die Sozialisten für sich. Sie wollen, daß Alle kommen, um mit ihnen zu diskutiren; die Reden sollen stenographirt werden. Das Manifest ist unterschrieben von E. Chemale, A. Murat, G. Pefrançais, Briosne, H. Tolain, Demay, Augi Bibal, C. Comby (Advokat), Ch. Loquet, P. Denis und A. Langlois (ein Freund des verstorbenen Proudhon). Freilich ist kaum anzunehmen, daß die Versammlung in der gewollten Weise zu Stande kommt, das Manifest ist aber darum von Wichtigkeit, weil sich unter den Un-

terzeichnen viele der Hauptredner befinden, welche die Regierungsorgane als von Umfurzideen befeelt darstellen und aus deren Reden einzelne Bruchstücke und Stellen herausgerissen wurden, um den ordnungsliebenden Bürger und vor allen Dingen die besitzenden Klassen in Angst und Schrecken zu setzen und sie an die kaiserlichen Wahlurnen zu treiben. Diesem Manoeuvre entgegen zu treten und offen mit Denen zu debattiren, die aus den offiziellen Berichten eine irrthümliche Meinung von den sozialistischen Bestrebungen gewonnen haben könnten, ist der Zweck dieser Aufforderung.

Die Regierung spielt unterdessen ein doppeltes Spiel: auf der einen Seite wählt sie für die in 2 Monaten fälligen Wahlen, auf der anderen Seite rüstet sie mit äußerstem Nachdruck zum Krieg. Erst die Wahlen und dann der Krieg? Oder: erst Krieg und dann die Wahlen? Das ist nach wie vor die Frage.

Es unterliegt keinem Zweifel mehr, daß die Cortes-Mehrheit dem König von Portugal die spanische Krone anbieten wird. Uebrigens muß man sich damit eilen, sonst könnte die Deputation, welche selbstverständlich an den Auserwählten geschickt werden wird, um die Adresse — wir meinen nicht die zu redende oder abzulesende, sondern die einfache Wohnungsadresse in Verlegenheit kommen. Die Portugiesen nemlich, die ihren König aus der Nähe kennen, haben keine so hohe Meinung von ihm als die Spanier, die ihn nur aus der Ferne kennen, und scheinen gewillt, demselben den Laufpaß zu geben. Im ganzen Land herrscht die größte Aufregung, und ein revolutionärer Ausbruch ist jeden Augenblick zu gewärtigen.

Wir erwähnten bereits, daß das amerikanische Repräsentantenhaus einen Beschluß zu Gunsten der unabhängigen Cubaner gefaßt habe. In diesem Beschluß kommt die bedeutende Stelle vor: „das Volk der Vereinigten Staaten wird sich glücklich fühlen, in die Familie der unabhängigen Nationen jede Regierung aufzunehmen, welche die Freiheit aller Menschen verbürgt, und zum Grundsatz die absolute Souveränität des Volkes hat.“

Es gilt also, eine solche Regierung zu schaffen, und sie ist des Schutzes der großen Republik sicher. Völker halten ihr Wort. Manches Herz in Europa wird hoffnungsvoll pochen, wenn es diese frohe Botschaft vernimmt.

Am 31. vor. Mts. starb in Hamburg Theodor Olshausen. Er hat das 67. Lebensjahr nicht ganz vollendet. Die „Zukunft“ widmet ihm folgenden Nachruf: „Der Tapfersten und Edelsten Einer aus dem Freiheitskampfe Schleswig-Holsteins ist in ihm dahingeschieden. Von 1824 an, wo er die ersten Verfolgungen wegen burschenschaftlicher Bestrebungen zu erleiden hatte, ist sein Leben eine ununterbrochene Reihenfolge von Arbeit und Opfer für die Freiheit gewesen. Sein „Nieler Correspondenzblatt“ hat Jahrelang in erster Reihe gegen den Feind gestanden und von 1845 an, wo sich der Streit vom Gebiete der Presse auf das des gesammten öffentlichen Lebens ausbreitete, war auch hier Olshausen hervorragend thätig. 1846 hatte er Festungshaft dafür zu büßen, 1848 stand er, als Mitglied der nach Kopenhagen gesandten Deputation, in Gefahr vom dänischen Pöbel erschlagen zu werden. Mitglied der provisorischen Regierung blieb er nur einige Monate, der Widerstand des Gothaerthums, das den Herzogthümern stets so verhängnisvoll gewesen ist, verleidete ihm die Wirksamkeit, die er demnächst als Führer der Opposition in der Landesversammlung kräftig fortsetzte. 1851 traf ihn in Hamburg, wo er den Kampf in der Presse wieder aufgenommen hatte, ein Dekret der dänischen Regierung, das ihm die Heimath verschloß. Dies bewog ihn zur Auswanderung, und in Missouri hat er wissenschaftlichen Arbeiten gelebt, bis ihn die neuen Kämpfe gegen Dänemark wieder nach Europa

zurückriefen. Er sah sein Vaterland an denselben Gebrechen, die in der 40er Bewegung das Unglück desselben waren, untergehen und hat die letzten Lebensjahre, heimathlos in der Heimath, in der Schweiz und in Hamburg verlebt. Das Jahr 1866 hat Olshausen zu keinem andern Manne zu machen vermocht.“

Wir empfehlen unseren Lesern auf das Wärmste das neue Arbeiterblatt, das vom 11. ds. Mts. an in Wien, unter dem Titel „Die Volksstimme“ erscheinen wird. Das Nähere ist unter Wien zu finden.

Ebenso angelegentlich empfehlen wir „Die Arbeiter-Union“, Organ der „nationalen Arbeiter-Union“ der Vereinigten Staaten. Die „Arbeiter-Union“ erscheint wöchentlich zum Preis von 5 Cents (etwas über 2 Gr.) die Nummer, und ist Jedem unentbehrlich, der die so wichtige Arbeiterbewegung der neuen Welt kennen lernen will.

Wir würden diese Gelegenheit auch zu einer ferneren Empfehlung des „Felleisens“ benützt haben, wenn dasselbe nicht durch die österreichische Regierung*) und die sächsische Staatsanwaltschaft genügend empfohlen wäre.

In keinem Arbeiter-Bereine sollten die drei genannten Blätter fehlen.

Gegen den Redakteur des demokratischen Wochenblattes ist wegen des in Nr. 3 befindlichen Abdrucks aus dem „Felleisen“ endgültig die Anklage auf Verbreitung staatsgefährlicher Lehren erhoben worden.

Der Buchbinderkongreß in Leipzig.

Die Vorversammlung des Kongresses wurde am ersten Ostertag durch Hrn. Werner mit einer kurzen Ansprache eröffnet und hiernach Hr. Kockel (Leipzig) zum Vorsitzenden erwählt.

Bei Feststellung der Tagesordnung entspann sich über Punkt 8, Besprechung des Berliner Arbeiterkongresses, und Punkt 9, Wahl einer Kommission zur Beurtheilung des Verhaltens der von Leipzig nach Berlin gesandten Delegirten, eine längere Debatte, welche die Streichung dieser Punkte zur Folge hatte; dagegen wurde auf Antrag von Peter (Berlin) beschloffen, eine General-Diskussion über die Statuten zu eröffnen.

Ebenso rief der von Zeller (Stuttgart) bei Berathung der Geschäftsordnung eingebrachte Antrag, nach welchem jeder Delegirte nur 2 Mandate und so viel Stimmen haben soll, als die Mandate Wähler nachweisen, eine lebhafteste Diskussion hervor, an der besonders die Vertreter der Cassaller-Gewerkschaft der Buchbinder interessirt waren, da diese je 5, resp. 4 und 3 Mandate hatten. Der Antrag Zeller's wurde angenommen und die Herren Peter und Zohr gaben ihre überzähligen Mandate später an andere Deputirte ab.

Aus der Wahl des Bureaus gingen Werner als Präsident, Lau (Chemnitz) als Vizepräsident, Buchholz (Hannover), Ihde (Leipzig) und Hoffmann (Leipzig) als Schriftführer hervorgehen; zur Prüfung der Mandate wurden Gottwaldt (Berlin), Hartmann (Weimar) und Lau (Chemnitz) gewählt.

Die erste Kongresssitzung begann Osterfonntag Nachmittag mit Vortrag der Kommission für Mandatprüfung; bei derselben wurden einem Schreiben aus Bonn an Hrn. Peter, sowie einem solchen aus Koblenz an Hrn. Zohr (Barmen) die Eigenschaft als Mandat aberkannt, und hierauf die Präsenzliste festgestellt und vorgetragen. Nach derselben vertraten:

Gottwaldt, Berlin,	31 St.,	Nog, Hamburg	35 St.,
Krebs,	= 31 St.,	Zeller, Stuttgart	160 St.,
v. d. Werdt,	= 31 St.,	= Cassel	10 St.,

*) Die ihm das Possidit entzogen hat.

Eichner, Magdeburg, 31 St., Buttstädt, Altenburg 14 St.,
 Zeuge, Annaberg-Buchholz, 30 St. Richter, Dresden 30 St.,
 = Koblenz, 12 St., Hartmann, Weimar 20 St.,
 Ahrendt, Annaberg-Buchholz, Kuhl, Saarlouis 20 St.,
 30 St., Kunath,
 Buchholz, Hannover, 39 St., Kockel,
 Lau, Chemnitz, 27 St., Gimpel,
 Gebauer, = 26 St., Minkwitz,
 Peter, Hannover 29 St., Hoffmann, } Leipzig je 30 St.,
 = Elberfeld 26 St., Gotter,
 Mackert, Frankfurt 82 St., Werner,
 = Offenbach 160 St., Springer,
 Johr, Würzburg 30 St., Schwanebed,
 = Barmen 40 St., Jhde,

Rog, Eplingen 22 St.,
 Wildner, Coburg 25 St., } auf Leipzig übertragen,
 Hafermann, Wiesbaden 10 St., } deshalb Leipziger Col-
 Schubert, Cöln 10 St., } legen übergeben.
 Jbach, Nürnberg 25 St.

In der hierauf folgenden Generaldiskussion sprach Krebs gegen das Wort „international“ und über die Unmöglichkeit, mit den vorgeschlagenen Steuern die bestimmten Verpflichtungen einzuhalten, Zeller im Allgemeinen über die Vorlage, Peter erörterte die Grundprinzipien der Schweizerischen Gewerkschaften, ebenso Mackert. Da das Vokal für Abends eine anderweite Bestimmung hatte, so wurde anderen Tages die Generaldebatte fortgesetzt, an welcher sich noch v. d. Werdt, Gottwaldt und Rog betheiligen, bis Lau's Schlussantrag zur Annahme kam.

Bei Beginn der Spezialdiskussion gab schon der Name des Vereins sowie §§ 1 und 3 Veranlassung zu längerer Debatte, da die Vertreter der Schweizerischen Gewerkschaften die Aufnahme der Sattler, Kiemer und Handschuhmacher forderten, während dies von anderer Seite bekämpft und bei der Abstimmung für die Aufnahme von nur Buchbindern und verwandten Geschäftszweigen entschieden wurde.

Dieser Beschluß wurde angeblich Veranlassung, daß am anderen Morgen die Delegirten Johr, Mackert und Zeuge nicht erschienen, während Peter anwesend war und dem Vorsitzenden seinen und seiner Parteigenossen Austritt aus dem Kongress erklärte. Es wurde jedoch auf Antrag Zeller's, um eine Vereinigung zu ermöglichen, folgende Resolution angenommen:

„Der Kongress erklärt, daß, wenn die Genossenschaft der Buchbinder, die unter Vorsitz des Hrn. Peter gegründet worden ist, sich dem internationalen Verein der Buchbinder bis 1. Mai anschließen will, die, anderen Gewerken angehörenden Mitglieder — Sattler, Kiemer u. — mit aufgenommen werden, jedoch können neue Mitglieder dieser Gewerke nicht mehr aufgenommen werden.“

Danach erschienen Mackert, Zeuge und Johr wieder, und die Spezialdebatte der Statuten wurde weiter fortgesetzt. Allein schon am dritten Tage bei Beginn der Sitzung überreichten die genannten Herren eine schriftliche Austrittserklärung; da jedoch der Kongress glaubte genug zur Einigung gethan zu haben, ging er über diese Erklärung zur Tagesordnung über.

Nach Beendigung der Statutenberatung und der Feststellung der Geschäftsordnung wurde noch bestimmt, daß nächstes Jahr die erste Generalversammlung des neugegründeten Vereins für Buchbinder und verwandte Geschäftszweige stattfinden soll. Zum Vereinsorgan wurde die im Verlage von Minde in Leipzig erscheinende „Illustrirte Buchbinderzeitung“, zum Sitz des Vereins Leipzig und zum Präsidenten Werner gewählt.

Nachdem noch beschlossen worden war, sich vor der Hand keinem Gewerkschaftsverbande anzuschließen, dagegen die Ver-

einsorgane zu ermächtigen, mit den Organen anderer Gewerkschaften in Verbindung zu treten, erfolgte der Schluß des Congresses Dienstag Nachmittag 4 Uhr.

Zur Abwehr.

Die Herren Mackert, Johr und Peter haben in voriger Nummer dieses Blattes einen Protest gegen die Beschlüsse des Buchbindercongresses erhoben, zu dessen Widerlegung wir uns bloß auf die Anführung der Thatfachen beschränken, da wir keineswegs geneigt sind, uns auf einen Federkrieg einzulassen, der zu weiter nichts führen könnte, als daß sich auch bei uns derselbe ekelhafte Streit entwickeln müßte, der im Allgemeinen die Arbeiter ganz gegen ihr Interesse spaltet und feindselig einander gegenüber stellt.

Zunächst ist es falsch, daß die Mehrzahl der Delegirten Leipziger gewesen sein sollen, denn von zusammen 32 Delegirten mit 1310 Stimmen vertraten 16 Leipziger 400 Stimmen, von denen 30 Stimmen nicht zur Anwendung kamen, weil der Vorsitzende, der 30 Stimmen vertrat, nie mitgestimmt hat.

Ob der Beschluß, daß jeder Delegirte nur 2 Mandate haben konnte, als unrecht zu bezeichnen, dürfte wohl stark zu bestreiten sein, da es, sofern die Mandatzahl unbeschränkt ist, dem Klugen, der sich recht viel Mandate zu verschaffen gewußt, leicht sein kann, der Versammlung seine Meinung zu diktiert und jede Berathung zum Kinderspiel zu machen. Ebenjowenig kann ein Delegirter fordern, daß einfache Briefe als Mandate anerkannt werden, zumal der eine mit der kategorischen Aufforderung an Herrn Johr schloß, die Wirksamkeit des Congresses zu zerstören. Die Herren Peter und Johr, denen je ein solches angebliches Mandat verworfen wurde, haben die betreffenden Schriftstücke wieder an sich genommen, weshalb wir sie hiermit auffordern, dieselben ihrem ganzen Wortlaute nach in diesem Blatte zu veröffentlichen, und wollen wir dann auch die Legitimationen der Vertreter für Saarlouis und Dresden veröffentlichen. Betrachten die genannten Herren den desfallsigen Beschluß als eine Ungerechtigkeit, so mußten sie sofort dagegen protestiren. Daß sie, ohne dies zu thun, noch 1½ Tage an den Berathungen Theil nahmen, muß den Verdacht erwecken, als hätten sie geschwiegen, um für alle Fälle einen Vorwand zu haben, die Mitglieder des Congresses öffentlich compromittiren zu können.

Ebenso wenig kann der den Stuttgarter Delegirten gemachte Vorwurf wegen der Abstimmung gerecht sein, denn wollten die Herren Peter und Johr, daß die Stuttgarter mit den ihnen von den Genannten übertragenen Mandaten nur im Sinne der Letzteren stimmen sollten, so mußten sie diesen Vorbehalt bei Abtretung der Mandate machen. Da sie diese Bedingung nicht gestellt, so darf man auch nicht fordern, daß die Stuttgarter gegen ihre Ueberzeugung stimmen sollten.

Ob die Liebe zur Einigkeit damit zum Ausdruck gebracht ist, daß die Herren forderten, der Kongress solle in Betreff der Sattler u. s. w. nur ihrer Anschauung gemäß beschließen, und daß sie, als er das nicht that, ihren Austritt erklärten, ist wohl sehr fraglich, und ebenso fraglich ist, ob mit der Bestimmung über Aufnahme von Arbeitgeberern das Interesse des Vereins wirklich gefährdet ist; und wie der Kongress mehrfach den Anschauungen der genannten Herren durch seine Beschlüsse ausgesprochen hat, so hat er ganz gewiß in der Annahme der Resolution bereitwillig die Hand zur Vereinigung geboten, während die im Proteste miterwähnte Erklärung des Herrn Peter deutlich genug zeigt, daß er für eine Einigung wirken wollte, wenn das Statut in den wichtigsten Punkten ihm als an-

nehmbar erscheinen würde, was wahrlich nicht viel nach Neutralität aussieht.

Dies ist, was wir auf den Protest zu entgegnen haben. Im Laufe nächster Woche erscheint die stenographische Aufnahme der Verhandlungen des Congresses in Druck, woraus sich am Besten ersehen läßt, ob die Herren Peter, Johr und Madert zu dem Proteste berechtigt waren.

Das Präsidium, der Ausschuß und die Leipziger Mitglieder des internationalen Vereins für Buchbinder und verwandte Geschäftszweige.

Tororts- und Arbeiter-Angelegenheiten.

Wien, 29. März. Am vorigen Mittwoch fand die Schlußverhandlung gegen Hrn. Oberwinder und fünf Andere wegen Veröffentlichung beziehungsweise Verfassung eines bei Gelegenheit einer Volksversammlung erlassenen Aufrufs an die Arbeiter Wiens statt, worin es geheißen hat: „Erscheint daher massenhaft! Zeigt, daß Ihr nur Einen Willen habt: die Freiheit und das Recht des Volks. Gebt dadurch zu erkennen, daß keine behördliche Maaßregel im Stande ist, Euren Willen zu beugen oder Euch nur einen Augenblick zu entmuthigen.“ Die Angeklagten verteidigten den Inhalt als nicht strafbar; der Gerichtshof fällte auch ein freisprechendes Urtheil, gegen das jedoch ein Staatsanwalt Berufung eingelegt hat. — Am 3. April feiert der Arbeiterbildungsverein sein Gründungsfest in Schwender's Colosseum.

Die sonst so zurückhaltenden Buchdrucker haben nun unseren Groß in die Genossenschaftssection des Arbeiterbildungsvereins gewählt.

Bürgerminister Giskra bleibt seinem kindischen Haß gegen die Arbeiter tren. Als dieser Tage der Vorstand der Buchbindergenossenschaft ihm ein Gesuch überreichen wollte, empfing er denselben mit den Worten: „Was wollen Sie denn schon wieder? Wir haben nichts zu verschenken!“

Unser Organ tritt nun bald ins Leben und bitten wir Sie, folgenden Aufruf abzu drucken:

„An unsere Freunde und Parteigenossen! Von der Ueberzeugung durchdrungen, daß unsere Partei eines Organs bedürftig, welches sowohl die Interessen derselben offen und unumwunden vertritt, als auch vermittelt einer fortwährenden, eingehenden Besprechung unsere, auf die Aufklärung und Bildung des Volkes hinielenden Bestrebungen unterstützt, haben wir beschloffen, den von uns seit längerer Zeit gehegten und durch das allseitige Drängen unserer Freunde genährten Plan, — unserem Parteileben durch die Schaffung eines selbstständigen Organs einen geistigen Mittelpunkt zu geben, nunmehr zur Ausführung zu bringen. Schon am 11. April wird daher die erste Nummer der „Volksstimme, Organ der social-demokratischen Partei“ angesetzt werden. Die Schwierigkeiten, welche sich der Ausführung dieses Unternehmens entgegenstellten, wollen wir hier nicht erörtern. Sie mußten voraussichtlich bedeutend sein bei einer Partei, die während der kurzen Zeit ihres Bestehens so viele Verfolgungen zu erdulden hatte. Aus diesem Grunde können wir vorläufig auch nur Weniges bieten. Für die nächste Zeit wird das Blatt, um Kautions- und Stempelfreiheit genießen zu können, nur 2mal im Monate erscheinen, doch ist alle Aussicht vorhanden, demselben recht bald ein solches Bestehen zu sichern, daß es seinen belehrenden und agitatorischen Zweck vollständig zu erfüllen vermag. — Was nun die Mitwirkung unserer Parteigenossen betrifft, so glauben wir nicht erst nöthig zu haben, an ihre rege Thätigkeit und ihren bewährten Opfermuth zu appelliren; sie wissen, daß die Organfrage für unsere Partei eine Existenzfrage ist und werden demgemäß Alles aufbieten, um dem Organe in kürzester Frist einen ausgedehnten Leserkreis zu verschaffen. Wir erwarten dies insbesondere auch von unseren Freunden in der jenseitigen

Reichshälfte, in Ungarn, wo man rüstig im Interesse der gemeinsamen Sache arbeitet. Selbstverständlich wird das Organ jene Prinzipien verfolgen, für welche wir seit dem Beginn der Arbeiterbewegung in Oesterreich eingetreten sind. Das Parteiprogramm, welches der 9. Wiener Arbeitertag beschloffen, und welches zahlreiche Volksversammlungen in ganz Oesterreich angenommen haben, wird auch das Programm dieses Blattes sein. Wir werden dasselbe in der ersten Nummer ausführlich entwickeln. Schließlich ersuchen wir noch unsere Freunde in Deutschland, zu erwägen, welchen entscheidenden Einfluß Oesterreich und insbesondere unser deutsches Wien auf die freie Entwicklung der politischen Verhältnisse Deutschlands auszuüben berufen sind, und daß eine thatkräftige Unterstützung unseres Parteiorgans auch von dieser Seite die Sache der Demokratie mächtig fördern wird. — Wien, im März 1868.

Das Redaktions-Comité der „Volksstimme“:

J. E. Mühlhauser, Obmann des A.-B.-V., Conr. Groß, Ausschufmitglied des A.-B.-V., Andr. Scheu, Ausschufmitglied des A.-B.-V., Jos. Blazincic, Obmann der 1. allgem. österr. Arbeiter-Industrie-Ausstellung, Joh. Pabst, Ausschufmitglied des A.-B.-V., Herm. Hartung, Obmann-Stellvertreter des A.-B.-V., Heinr. Oberwinder, Obmann der Unterrichtssection des A.-B.-V.

Pränumerations-Bedingnisse. Für Wien: Für 6 Nummern incl. Zustellung ins Haus 35 kr. = 7 Gr.; für die Kronländer: mit freier Postversendung 45 kr. = 9 Gr.; eine einzelne Nummer 6 kr. = 1 Gr. 2 Pf. — Alle Postämter des In- und Auslandes nehmen Bestellungen an.

(Wir bitten Bestellungen entweder direkt, oder durch uns zu machen.

Red. d. „Dem. W.“)

Gratz, den 2. April. Unser Arbeiterverein „Vorwärts“ wird am 11. April den Geburtstag Ferdinand Lassalle's feiern.

Basel, 28. März. Seit dem 4. März sind laut letztem Druckbogen bei uns aus Deutschland noch folgende Liebesgaben eingegangen:

Febr. 25.	Cig.-Arb.-Ver. Dresden (durch G. Hille)	Fr. 13.	25
= 28.	A.-B.-V. Baden bei Wien durch Dollof	= 20.	05
März 3.	A.-B. Lorenzhaus Karthausen durch G. Pippert	= 8.	14
= 4.	Cig.-Arbeiter (Fabrik Schuhmacher u. Seggern) in Delmenhorst	= 8.	08
= 4.	A. D. C.-A.-B. in Braunschweig	= 26.	00
= 4.	Cig.-Arb. in Lippstadt durch Karl Kreuz	= 7.	00
= 4.	A.-B. Münchenbernsdorf durch G. Niehl	= 10.	00
= 5.	Von Kleineke in Brandenburg a. H.	= 22.	00
= 6.	Vom A.-B. Rottweil	= 12.	63
= 7.	Durch E. Wille in Ronsdorf Fr. 25 *)	= 30.	00
	durch H. Krautmacher = = 5)		
= 8.	Von Hrn. Krebsler in Stuttgart	= 5.	00
= 9.	Von Hrn. Schmidt in Königsberg	= 19.	00
= 11.	Durch Vermittlg. d. Hrn. A. Bebel vom A.-B.-V. 15 Thlr.; A. Herbst Leipzig in Elberfeld 1 Thlr.	= 59.	20
= 14.	Conseil General belge (Alphons Banderhouten) Bruxelles	= 50.	00
= 14.	Deutscher A.-B.-V. Neunkirchen (Oesterr.)	= 30.	75
= 8.	A.-B.-V. Vorwärts (Mariabühl, Gratz)	= 2.	05
= 15.	Durch J. Ph. Becker in Genf (von Nürnberg)	= 52.	25

Nürnberg, 4. April. Die hiesigen Glockengießer haben eine Metall-Gewerks-Genossenschaft gegründet, die bis zur Stunde 57 Mitglieder zählt. Ein provisorisches Comité

*) In dem Manuskript heißt es: durch E. Wille 30, durch H. Krautmacher 5, Summa 30, was natürlich falsch ist. D. H.

ist niedergelegt worden, welches die Vorarbeiten zum nächsten Metall-Arbeiter-Congress in die Hand zu nehmen hat. — Ein Coburger suchte unsere Genossenschaft zu entzweien, indem er die Dunder'schen Statuten verbreitete, und schrieb uns auch einen Brief wir sollten uns gar nicht irre führen lassen von den „Schweizerianern“ und von den „Bebelianern“. Dunder wurde gekennzeichnet als Mann der absoluten Selbsthilfe, und die Sache war erledigt; es ist aber ein Zeichen, wie solche Leute in die Einigkeit einen Zwiespalt machen wollen.

Nürnberg, den 6. April. Vergangenen Sonntag war einberufen von nationalliberalen Elementen, eine Versammlung hiesiger Schreiner zur Gründung einer Gewerkschaft. Unsere Leute setzten es durch, daß vor der Hand die Dunder'schen Statuten abgelehnt wurden, daß zur definitiven Gründung der Genossenschaft nächsten Sonntag eine zweite Versammlung stattfindet, daß es nicht eine Schreiner-, sondern eine alle Holzarbeiter einschließende Genossenschaft werde, daß diese Genossenschaft sich gar keiner der jetzigen Organisationen anschließt, sondern mit allen Dreien in Verbindung tritt, etwaige Wanderunterstützungen Mitgliedern der anderen Holzarbeitergenossenschaften zahlt, für ihre Mitglieder jedoch von jeder derselben dasselbe beansprucht u. s. w. u. s. w. Diese Genossenschaft wird jedenfalls die bedeutendste hier werden. Die Leute geben sich der Hoffnung hin in einigen Wochen 5—600 Mitglieder zu haben, sind auch übereinstimmend zu dem Beschluß gekommen, daß, da Fälle eintreten werden, wo Politik in die sozialen Fragen eingreift; die Politik, nicht auszuschließen sei. — Ich habe sichere Wahrnehmung, daß man polizeilicher Seits Alles versucht um dem Arbeiter-Bildungsverein, der so viel Staub aufwirft in der guten Stadt Nürnberg, etwas am Zeuge flicken zu können. Man wird nächstens eine Razzia auf minorene Mitglieder in Szene setzen. — Nächsten Freitag werden wir stadtgerichtlich verhandelt wegen unerlaubter Sammlung für die Baseler. — Unser Agitationskomitee ist mit dem Fürther zusammengetreten und werden wir die schönen Frühlingssonntage benutzen um hinauszuwandern in die Nachbarstädte und Dörfer „um zu predigen allen Völkern“.

Fürth, 4. April. Die gestrige Versammlung der hiesigen Schreinergefelln sprach sich einmütig für die Gründung einer Gewerkschaft aus, und bitten wir um vorläufig 30 Statuten.

Solingen, den 30. März. Nachdem wir an den Ostertagen in Elberfeld und Barmen Ihrem Vortrage beigewohnt, und in Erfahrung gebracht, daß Sie die rein sozial-demokratischen Prinzipien verfolgen, haben wir beschlossen, einen „sozial-demokratischen Verein“ hier sowohl als in Bourscheid zuerst durch unsre dortigen Parteigenossen zu gründen, wir gedenken dadurch die vereinzelt Kräfte zusammenzuziehen, vorzüglich diejenigen, welche sich seit der Zerspaltung des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins der Gleichgültigkeit hingegen.

Crimmitschau, 3. April. Gestern fand die erste Sitzung des Organisations-Ausschusses der Manufaktur und Handarbeiter-Gewerkschaft statt und beschloß man, die General-Versammlung der Gewerkschaft für bevorstehende Pfingsten nach Leipzig auszusprechen. Demnächst Ausführlicheres, auch über die Vorlagen.

Geyer, 1. April. Arbeiter aus Nieder-Zwönitz, die selbst einen Arbeiterverein gründen wollen, ersuchten die hiesigen Parteigenossen, dahin mitzuwirken. Am 2. Feiertag waren wir dort, und zwar zwölf Mann, und eröffneten um 2 Uhr die Versammlung. Nachdem Herr Demmler die Lage der Arbeiter in sozialer und politischer Hinsicht, die Nothwendigkeit des Vereins und der Organisation, sowie die Bestrebungen der Sozial-Demokratie kurz erklärt hatte, wurde einstimmig die Konstituierung beschlossen und zeichneten sich sofort

34 Mann ein. Es sprachen alsdann noch Kepmann, Säß und Stopp, um 7 Uhr traten wir den Heimweg wieder an. Der Verein wird sich dem Verband anschließen. Da gleichzeitig mit uns auch ein Trupp Hagfeldt'scher Lassalleaner mit einem Agenten aus Chemnitz in Nieder-Zwönitz erschienen war, so haben wir auf nächsten Sonntag eine Volksversammlung anberaumt und die Hagfeldter dazu eingeladen. Ich werde über diese Versammlung, die denselben hoffentlich das Wiederkommen verleiden wird, Näheres berichten.

In **Dresden** wurde vorige Woche ein „Sächsischer Handwerkerbund“ begründet, oder vielmehr die Gründung desselben beschlossen. Das wirkliche Zustandekommen scheint noch etwas zweifelhaft, theils weil man eine Form gewählt hat, die den Conflict mit dem Vereinsgesetz, dessen Klippen man umschiffen wollte, gerade erst recht herbeiführen wird, theils weil die Theilnahme und Opferwilligkeit für den Bundeszweck gerade in den Kreisen, deren Interessen durch das Unternehmen gefördert werden sollen, sich gleich vom ersten Anfang an so außerordentlich schwach erwiesen. Der Handwerkerbund soll nämlich werden eine Vereinigung selbstständiger Handwerker zur Vertheidigung ihrer Selbstständigkeit gegen die aufstrebende Kraft der Großindustrie. In der Bekämpfung der letzteren kommen die Bestrebungen des Bundes mit denen der sozialistischen Arbeitervereine vollständig überein und es ist im Grunde nur Wortklauberi, wenn man, nachdem, was nur zu loben, von einer Beschränkung des Handwerkerbundes auf zünftige Meister nicht die Rede sein soll, zwischen „Handwerker“- und Arbeiterbewegung in dieser Richtung noch einen Unterschied zu machen sich bemüht. Den meisten Nachtheil haben dabei die in ehrenwerther Weise für die Erhaltung eines wirklichen Bürgerthums sich abmühenden Meister alten guten Schlags, denn ihre Zahl wird immer kleiner, während die Masse der nie mehr zur Selbstständigkeit gelangenden Handwerksgeoffen, aus denen sich die Arbeitervereine hauptsächlich rekrutiren, in eben dem Maasse zunimmt, als das ganze Geschäft sich fortschreitend in immer weniger große Unternehmungen concentrirt. Mit einer an Zahl und, wie der Widerspruch gegen die Höhe des geringfügigen Beitrags von 5 Rgr. vierteljährlich bewies, auch an Wohlstand immer mehr hinsichtlichen Klasse allein, deren größter Theil in stumpfer Ergebung alles über sich ergehen läßt, kann aber eine wirksame Opposition schwerlich unternommen werden. Das ist unser Hauptbedenken gegen die Hoffnungen, welche eine Anzahl achtungswerther, auch auf politischem Gebiete durchaus zur Fahne der Freiheit haltender Männer an die Gründung des Handwerkerbundes knüpft. In einer wenige Tage nach dem Handwerkerbunde stattgefundenen Versammlung der Demokratischen Partei ist bereits mit besonderer Hervorhebung dieses Punktes über die Sache gesprochen und beschlossen worden, vor allem genauer zu untersuchen, wie der Zerspaltung der gleichartigen Parteibestrebungen auf sozialem Gebiete abzuhelfen und dem Selbstaufreihen der kapitallosen Handwerkskraft in inneren Zwistigkeiten gesteuert werden könne. Zwei Formen dieses selbstnörderischen Verfahrens sind bereits glücklich überwunden. Das Prozessiren der Innungen wider einander hat in Folge der Gewerbefreiheit aufgehört. Dafür wandte sich das gesammte Innungsmeisterthum, welches nunmehr sich wenigstens unter sich solidarisch verbunden fühlte, mit desto größerem Nachdruck gegen die nichtzünftigen Keulinge, sog. „Gewerbetreibende, Patent- oder Zünftgroßmeister“. Auch dieser Kampf ist gegenwärtig eingestellt. Die Einladung an die zeitlich beinahe verachteten Genossen zur Mitbetheiligung am Handwerkerbunde läßt einen bemerkenswerthen Fortschritt in der sozialen Denkweise erkennen, und einen nicht minderen Fortschritt in der politischen Denkweise bekundet der von den Theilnehmern am Handwerkerstage ausgesprochene feste Entschluß, bei künftigen Wahlen

auch nach dem ökonomisch-sozialen Glaubensbekenntnisse der Candidaten zu fragen. Trotz unserer oben geäußerten Bedenken erkennen wir daher in dem Handwerkerfrage ein beachtenswerthes und nicht unerfreuliches Zeichen der Zeit. Gelänge es, aus dem Handwerk den innern Kampf auch in der dritten Gestalt, in der er jetzt noch auftritt, zu verbannen, der dem ursprünglichen Zunftwesen fremden, erst in der Zeit seines Verfalls hineingezogenen Feindseligkeit zwischen sogenannten selbstständigen und unselbstständigen Handwerksgenossen (im Grunde sind sie doch alle Knechte des übermächtigen Großkapitals) ein Ende zu machen, und wäre der Handwerkerfrage ein Schritt hierzu gewesen, so würden wir ihn sogar, trotz seiner augenblicklichen Erfolglosigkeit für eins der folgenreichsten unter den Vorkommnissen der letzten Zeit erklären müssen.

Konneburg, den 29. März. Der hiesige Arbeiterverein ist erst seit 6 Monaten gegründet und zählt schon 150 Mitglieder, was in einer kleinen Stadt wie der unsrigen bestimmt von großem Eifer zeigt. Da wir denselben auch zu erhalten suchen, luden wir Herrn Stolle, in Crimmitschau, ein, er möge uns einen Vortrag halten, was Herr Stolle auf Charfreitag Nachmittag zusagte. Es hatten sich sehr viel Zuhörer eingefunden. Herr Stolle erschien und sprach über „Sozial-Demokratie und über Gewerksgenossenschaften.“

Nachdem er 2 Stunden mit großem Beifall geredet hatte, sprach er noch über die Gewerksgenossenschafts-Statuten und wurden die Leipziger von der Versammlung einstimmig angenommen. Wir gingen dann sofort zur Einzeichnung und zur Errichtung einer Gewerksgenossenschaft über, wobei sich sehr Viele beteiligten. Der ganze Vortrag wurde von der Versammlung mit Begeisterung aufgenommen. Wir sind Herrn Stolle zum lebhaftesten Dank verpflichtet, und wünschen wir nur, daß überall die Beteiligung und der Eifer so groß wäre wie hier, denn Einigkeit macht stark.

Münchenbernsdorf, den 3. April. Für die Verbreitung des „Demokratischen Wochenblatts“ wirken wir nach Kräften, und werde ich auf unsrer nächsten Generalversammlung Abonnenten sammeln. — Unter den Mitgliedern des Consumvereins macht sich Stellenjägererei bemerklich. Auch besteht ein heimliches Comité (Geldsack) welches den Consumverein benützen, und die Verwaltung an sich reißen will. Wir haben noch viel Feinde zu bekämpfen; unsere Fortschrittler wollen uns mit Gewalt zu dem Wartenburg'schen (!) Evangelium bekehren. Berlorne Mühe. Wir sind verhärtete Sünder und werden unsere „Freiheiten“ nun auch in die umliegenden Dörfer tragen. (Glück auf die Reise!)

Pöschneck, 26. März. Am 23. ds. Mts. hielten wir eine Versammlung ab zur Gründung von Gewerksgenossenschaften. Hr. Straßburger führte den Vorsitz. Die Versammlung war ziemlich gut besucht und erklärte sich mit der Errichtung von Gewerksgenossenschaften einverstanden. Schließlich wurde dem Vorsitzenden der Auftrag erteilt, Herrn Bebel einzuladen, daß dieser hier eine Versammlung abhalte, um unseren Handwerkern und Arbeitern den Standpunkt klar zu machen.

Aus **Pöschneck** wird uns mitgeteilt, daß die Tuchmacher dort eine Gewerksgenossenschaft gegründet haben und daß die Schuhmacher daran sind, das Gleiche zu thun.

Gera, 27. März. Am Charfreitag Abend hatten wir hier eine zahlreich besuchte Versammlung unseres Arbeitervereins, der auch viele Gäste bewohnten. Herr Stolle

aus Crimmitschau war unserer Einladung freundlichst nachgekommen und hielt uns einen Vortrag über Gewerksgenossenschaften. Unser Verband hat in Herrn Stolle eine ganz bedeutende agitatorische Kraft gefunden; derselbe sprach sehr klar und überzeugend und erntete viel Beifall. Es hat sich bei uns sofort ein Comité zur Bildung von Gewerksgenossenschaften constituirt und werden wir über dessen Thätigkeit baldigst weiter berichten.

Auma, 25. März. Auf Anregung des Herrn Brodman aus Gera hat sich hier vorigen Sonntag ein Arbeiterverein gebildet. Zum Vorsitzenden ist Herr Karl Jugolet, Redakteur des hiesigen Localblattes, ernannt worden und sind alle Zuschriften und Sendungen an diesen zu richten. Der Verein wird es als seine nächste Aufgabe betrachten, die Gründung von Gewerksgenossenschaften anzuregen.

Leipzig, den 5. April. In einer der letzten Versammlungen unseres Arbeiter-Bildungsvereins kam unter anderem auch das Circular des Vorortsvorstands, betreffend die Erhebung außerordentlicher Beiträge zur Verlesung und wurde beschloffen der Aufforderung dadurch gerecht zu werden, daß man sich eine freiwillige Steuer von einem halben Groschen per Kopf und Monat auflege. Wir rathen unsern Brudervereinen in ähnlicher Weise vorzugehen, damit der Kasse recht schnell die nöthigen Mittel zufließen. — Letzten Sonnabend erstattete Bebel im Verein Bericht über die Vorgänge in Barmen-Elberfeld.

Briefkasten.

V. A. in Berlin: Gruß. Wo bleibt der versprochene Bericht? — **S.**, Gypsstr. desgl. — **J. S.**: Das Gedicht ist vortrefflich, kann aber nicht abgedruckt werden, da wir diese Polemik eingestellt haben.

Verichtigung: In dem Bericht über die Burghärdter Versammlung in Nr. 12 ds. Bl. muß der Name des Vorsitzenden Steinert, nicht Heinert heißen.

Anzeigen.

Deutscher Arbeiterbildungs-Verein in London.

Charles-Hotel, 71 Dean-Street, Soho Square. W. London.

Bestellungen

auf die in Köln erscheinende

Rheinische Zeitung,

Organ der Demokratie in Rheinland und Westphalen, wolle man möglichst frühzeitig bei der nächsten Postanstalt machen, damit in dem regelmäßigen Empfange der Zeitung keine Unterbrechung eintrete.

Der vierteljährliche Abonnementspreis beträgt bei allen Postanstalten einschließlich Porto und Zeitungssteuer 1²/₄ Thlr. = 3 fl. 4 kr. Anzeigen 1¹/₂ Sgr. für die Petitzelle.

Meine Wohnung ist: Sternwartenstraße, 18c, 1 Tr.
Leipzig, den 7. April 1869. Carl Hirsch.

Unsere Filialexpeditionen, welche vom verflossenen Quartal noch keine Abrechnung eingesandt haben, werden hiermit ersucht, dies nunmehr schleunigst zu thun. Die Expedition.

Verantwortlicher Redakteur: **W. Viehnecht.**
(Redaktion: Braust. 11.)

Leipzig.

Druck und Verlag: **F. Ziehe.**
Expedition: Petersstraße 18.

Hierzu eine Beilage.

Zum Föderalismus.

Wien, den 30. März.

Täglich wird der Föderalismus mehr zum Bedruf der neuen Zeit. Wir haben das unerwartete Schauspiel erlebt, daß in einem Lande, dessen ganze Vergangenheit auf andere Bahnen hinzulenkten schien, dessen Reaktion fast sprüchwörtlich geworden war, daß in Spanien der föderalistische Gedanke aus dem Boden gezaubert plötzlich dasteht als eine Macht, mit der ernstlich zu rechnen ist. In Deutschland kämpft ein großer Theil der Demokratie für diese Idee und selbst hier in Oesterreich beginnt das Verständnis derselben heraufzudämmern, obwohl ihr hier mehr als irgendwo fast unüberwindliche Hindernisse im Wege stehen. Ein namhafter Theil der französischen Arbeiter, die Mutualisten, haben erst vor Kurzem eine Zeitschrift „Le Fédéraliste“ gegründet. Kurz vor überall dringt die Idee in weitere Kreise, die Bahn vorzeichnend, welche die Demokratie verfolgt.

Andererseits ist nicht zu leugnen, daß dieser Idee gerade in den Reihen der Demokratie eine mächtige Partei entgegensteht und mit aller Kraft gegen sie ankämpft, bei uns in Deutschland 2 große Fraktionen der Arbeiterpartei, in Frankreich die Jakobiner, die Communisten, sowie ein ziemlicher Theil der Sozialisten, insbesondere die Anhänger Louis Blanc's. Woher diese merkwürdige Erscheinung?

In der deutschen Arbeiterpartei, die den Föderalismus bekämpft und die Centralisation anstrebt, ist es insbesondere der Allg. deutsche Arbeiterverein, der das Prinzip der Centralisation geradezu als ein Dogma aufstellt und mit großem Eifer vertritt. Wir übergehen die psychologischen Momente der Entstehung dieses Glaubensbekenntnisses. Die (Hatsfeld'schen) „Lassalleaner“ beschäftigen sich weniger mit dieser Frage; sie leben ausschließlich von der Nahrung, die ihnen Lassalle selbst gegeben und halten es für unnöthig die Ideen desselben weiterzuentwickeln und die großen Fragen der Gegenwart, deren täglich neue auftauchen, an denselben zu messen. Anstatt kräftig im Strom zu schwimmen, sitzen sie ruhig in einer Badewanne, kindlich tobend und plätschernd. Es genügt zu wissen, daß Lassalle einiges gegen den Föderalismus geschrieben, um auch zu wissen, daß sie eingefleischte Centralisten sind.

In der That! Lassalle selbst hat bei jeder Gelegenheit den Föderalismus angegriffen, ja sogar eine besondere Schrift gegen denselben geschrieben. Es ist jener Brief in den „Demokratischen Studien“, welcher „Fichte's politisches Vermächtniß“ betitelt ist. Beide Parteien können sich mit Recht für ihre Anschauungen auf eine große Autorität berufen. Versuchen wir es, mit dem Meister selbst zu rechten; wir haben den Vortheil, der Frage prinzipiell auf den Leib zu gehen, statt die einzelnen Anschauungen jener zu bekämpfen. Es ist zwar leicht zu beweisen, daß Lassalle's Angriffe nie dem Föderalismus an sich gelten, sondern nur jener oberflächlichen Auffassung desselben, wie sie bei vielen angeblichen Demokraten zu Hause ist. Da aber Lassalle das Wort Föderalismus nie für sich in Anspruch genommen, da er es nie als Bedruf für seine Agitation gebraucht hat, so scheint doch eine gewisse prinzipielle Abneigung gegen denselben auf dem Grunde seiner Seele geschlummert zu haben. Denn bei der wahrhaft fundamentalen Bedeutung des Föderalismus, muß ihm jede bewußte sozial-demokratische Bewegung einen hochwichtigen, vielleicht den ersten Platz einräumen. Wir greifen in Folgenden einen einzelnen Punkt heraus, um zu zeigen, wie bei Lassalle

der an sich echt föderalistische Gedanke späterhin Schiffbruch leidet. Fichte sagt in seinen Fragmenten: „Wenn nun z. B. Oesterreich oder Preußen Deutschland eroberte, warum gäbe dies nur Oesterreicher, Preußen, keine Deutsche?“ Wirklich, es ist eine sehr wichtige Frage. Die Thatsache, daß durch eine solche Eroberung kein Deutschland, sondern ein Preußen, ein Oesterreich geschaffen würde, gibt Fichte selbst unbedingt zu, wie schon aus der Form der Fragestellung hervorgeht. Lassalle stimmt ihm bei, er hält die Frage für so wichtig, daß er diese Worte Fichte's auch an einem anderen Orte, im „Julian Schmidt“ citirt, um Fichte vom Vorwurf des Klein-deutschen, des Gothaers zu rechtfertigen. Beide, weder Fichte noch Lassalle beantworten die Frage eingehend, sie begnügen sich mit der einfachen Constatirung dieser Thatsache. Die genaue Antwort, welche sie sich selbst geben mußten, ist einfach und klar. Der deutsche Geist ist das Gesamtergebnis einer Summe von einzelnen geistigen Strömungen, von denen jede ihren bestimmten Boden, ihre historische Vergangenheit, kurz ihre durch eine Menge verschiedener Verhältnisse bedingten Eigentümlichkeiten hat. In ihrer harmonischen Zusammenwirkung aus Nord und Süd, aus Ost und West ersteht der deutsche Geist, der in seiner fertigen Gestalt sich wieder wesentlich vom Volksgeist in Frankreich, England u. s. w. unterscheidet. Wird nun ein Theil unseres Vaterlandes Herr über den anderen, so ist ein harmonisches Zusammenwirken der einzelnen Kräfte unmöglich, das Gleichgewicht ist zerrissen, eine Kraft macht die andere zum Sklaven und absorbiert sie. Das unausbleibliche Ende ist also, daß der deutsche Geist als solcher untergehen und an seine Stelle der viel engere und beschränktere geistige Inhalt dieses oder jenes Volksstammes treten muß. Wenn der Süddeutsche z. B. sich gegen die preussische Vergewaltigung auflehnt, so verteidigt er nicht bloß seinen Hof und Heerd und den Rest eigener Freiheit, der ihm geblieben, sondern er verteidigt mit sich selbst zugleich das heiligste, was der Patriot schützen kann, den deutschen Geist, das Gesamteigentum des deutschen Volkes, die Deutschheit, wie Fichte sagt. Süddeutschland ist in der glücklichen Lage, daß bei ihm der Selbsterhaltungstrieb mit dem Interesse des nationalen Gedankens zusammenfällt, und hierin liegt die geheime Ursache, warum es diesem doch kleinen Bruchtheil des deutschen Volkes möglich ist, sich gegen Preußen zu wehren.

Ein kurzer Rückblick auf das eben Gesagte zeigt, wie echt föderalistisch dieser Gedanke Fichte's ist, er enthält gleichsam in nuce*) das ganze föderalistische Programm. Anstatt sich gegenseitig zu drücken und zu unterdrücken, wie es bisher auf der Welt Sitte war, geht die revolutionäre Bewegung dahin, jedem einzelnen Gliede des Ganzen die Möglichkeit zu erringen, sich selbständig und frei zu erziehen und im harmonischen Zusammenwirken mit allen Anderen eine Höhestufe zu erreichen, welche für die schwachen Kräfte des Einzelnen unnaahbar ist.

Weiter aber! Fichte spricht nun von dem Drängen und Beben, welches den Nationalkörper durchzieht, um dem geistigen gemeinsamen Inhalt auch die äußere entsprechende Form, die Einheit, zu erzwingen und kommt, rathlos hin und hersuchend und immer Berge von Hindernissen sehend, endlich zum Ausweg. Er ruft: „Also her einen Zwingherrn zur Deutschheit!“ „Wer es sei — mache sich unser König (der preussische) das Verdienst. Nach seinem Tode ein Senat, da kann es sogleich im Gange sein!“ Fichte ist Republikaner, nur

*) Lateinisch: in der Nusschale, kurz zusammengefaßt.

in der freien Republik sieht er das würdige Kleid Deutschlands. Woher nun dieser sonderbare Weg? Warum diesen Zwingherrn? Kurz ist der Weg, aber führt er zum Ziele? In der That, Fichte fällt mit diesen Worten aus der Consequenz seines Denkens. Wir sehen ab von der äußeren Unmöglichkeit — Zwingherr, nach seinem Tode ein Senat — darin liegt nur ein praktischer Irrthum. Der Grundfehler liegt tiefer. Jede Volksbewegung geht von unten nach oben; eine Bewegung ist nur dann gesund und revolutionär, wenn sie aus den Eingeweiden des Volkes hervorgeht. Die Thätigkeit des höheren, des sogenannten intelligenten Theils der Bevölkerung, welcher sich auf die Seite der Revolution schlägt, besteht nur darin, den Instinkt der Massen in die richtigen Bahnen zu leiten und den Instinkt selbst zur wirklichen Erkenntniß weiterzubilden. Lösen sich die höheren Schichten des Volkes von dieser Aufgabe ab, wie z. B. in der Gegenwart, so verfallen sie nothwendig der inneren Fäulniß. Denn es ist nicht mehr das Interesse des Volkes, sondern ihr Interesse, welches sie zu verwirklichen suchen. Der Egoismus und mit ihm die sittliche Fäulniß ist ihr Loos. — Die Frage stellt sich also jetzt so: Kann ein Zwingherr den Weg von unten nach oben, kann er die revolutionäre Straße einschlagen, da nur sie zum Ziele führt? Nein, dreimal nein. Anstatt jeden Bruchtheil des Volkes heranzuziehen und in die richtige Bahn zu lenken, drückt er mit dem einen den anderen nieder, er muß die Revolution schon im Mutterleibe erwürgen. Er kann nur, wie Fichte selbst sagt, Preußen, er kann keine Deutschen machen; er kann es nicht, selbst wenn er es wollte. Diese Impotenz ist seinem Herrschertum eingeboren, ist identisch mit ihm. Er muß also, wie gegenwärtig Preußen, wenn er zur Verwirklichung seiner Ziele den nationalen Gedanken anruft, nothwendig lügen.

Lassalle fällt in denselben Fehler wie Fichte. In seiner Broschüre über den italienischen Krieg verlangt er vom Königthum die Rettung der Nation. Anstatt aber dies als möglich zu beweisen, zeigt er nur, was das Königthum überhaupt leisten kann, wenn es den ihm innewohnenden (?) Prinzipien treu bleibt und sie bis in ihre äußersten Konsequenzen verfolgt. Er zeigt mit Einem Wort, nicht wie Bismarck ist, aber wie er sein soll.

Wir haben gezeigt, daß der Weg von unten nach oben der einzige (im wissenschaftlichen Sinn des Wortes) revolutionäre ist; es ist noch zu zeigen, welche Stellung hierzu der Föderalismus einnimmt. Er ist das Ziel der Revolution. Die Freiheit des Einen Menschen findet ihre Beschränkung in der des Andern; das gleiche gilt vom Verhältniß der Völker unter einander. Es gilt nun, den Zustand zu erreichen, in welchem diese gegenseitigen Beziehungen, statt wie bisher gegen einander zu wirken, für einander wirken, wo das Interesse des Einen mit dem des Andern zusammenfällt. Die Form, in welcher sich dieser Zustand ausdrückt, ist der Föderalismus, die fleischgewordene Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit. Die reine Demokratie, welche übersieht, daß jede wahrhaft großartige Weiterentwicklung des menschlichen Gedankens zugleich mit einer durchgreifenden Umgestaltung der Besitzverhältnisse Hand in Hand gehen muß, verfällt leicht in den Irrthum, das föderalistische Band als etwas äußerliches anzusehen. Man weist auf die Schweiz, auf Amerika hin, ohne die große Unfreiheit zu sehen, welche den Geist dieser Völker noch niederdrückt. Die soziale Demokratie sieht tiefer; sie sieht, daß ohne eine Harmonie der materiellen Interessen des Einzelnen

sowohl als ganzer Völker der Föderalismus nur eine leere Form ohne Inhalt sein würde, daß kurz gesagt die soziale Revolution die Vorbedingung desselben ist. Sie setzt also den Hebel an, wo der Staat und die Gesellschaft eigentlich faul ist. Weiter aber ist von hier aus leicht zu zeigen, daß die deutsche Einheit erst mit dem Föderalismus bestehen kann, ja, daß sie mit ihm Eins ist. Die soziale Demokratie kämpft gegen die Autorität, ihre einzige Waffe ist die Vernunft. Sie kämpft gegen alle Formen, in welchen die Autorität auftritt, Gott, Königthum, Capital u. s. w. all' diese Formen sind für sie ein und dasselbe, von äußeren Gewalten aufgedrängt, statt dem sich selbst begreifenden menschheitlichen Geiste einfließen. Und in der Befreiung dieses Geistes sehen wir unser Ziel, das Unterordnen der äußeren Welt und ihrer Beziehungen unter ihn, ist unser Kampf. Es ist der großartigste, welchen die Weltgeschichte kennt. Die innere Lebensflamme der Autorität, die Religion, ist dem Erlöschen nahe, nur noch gegen ihre äußeren Formen haben wir zu kämpfen. Unsere Gegner glauben an das nicht mehr, was sie verteidigen; sie hängen nur an der inhaltslosen Form, weil sie ihnen Vortheile bietet. Diese Formen aber, verkümmerte historische Produkte sind es, welche unser armes Vaterland auseinanderhalten und zerreißten. Der Kampf unter ihnen ist es, was man heutzutage politische, soziale, religiöse Fragen nennt. Sie sind bedeutungslos für uns und es ist nur unsere Sache, ihnen den Boden, auf dem sie wachsen, möglichst schnell zu entreißen. Sie sind dann freilich nicht gelöst aber verschwunden. Jede Blüthe eines Baumes entfaltet sich frei und selbstständig; daß sie gesund und schön ist, dankt sie den harmonischen Kräften, welche das Leben des Baumes bestimmen. Wir wollen dasselbe Recht für jede Blüthe, jeden Zweig ein Baume des deutschen Volkes. Einer für Alle, Alle für Einen.

(Das wollen auch wir, und doch sind wir keine Föderalisten. Uebrigens trennt uns nur das Wort „Föderalismus“ von unserm geehrten Mitarbeiter, mit dessen Ausführungen wir im wesentlichen mit dessen Zielen wir ganz einverstanden sind. D. R.)

Weißer Sklaven.

Man schreibt uns: „Zu einem Buchbinder, der in seinem Wohnort für die Organisation seiner Berufsgenossen und den Anschluß an den „Internationalen Buchbinderverein“ mit rühmlichem Eifer thätig war, kam vor wenig Tagen ein Arbeitgeber und bot ihm eine Belohnung von 50 Gulden, wenn er seine Kräfte fernerhin nicht mehr dem genannten Vereine widme. Der Buchbinder, dem die 50 Gulden gewiß sehr wohl gethan haben würden, hat sie nicht angenommen und bleibt der Sache treu.“

Es thut uns leid, den Namen dieses Ehrenmannes nicht nennen und den Schurken von Arbeitgeber nicht öffentlich brandmarken zu können, denn wir würden, wenn wir dies thäten, unsern Berufsgenossen ohne Zweifel um Lohn und Brod bringen, ohne in der Lage zu sein, ihn unterstützen zu können. Hat erst der Congreß die Organisation geschaffen, wird es leicht sein, unsere Genossen wirksam zu schützen.

Ein Buchbinder.“

(Die Organisation ist nun geschaffen, jetzt gilt es, ihre Kraft zu verleihen. D. R.)